



Wolfgang Kaiser
78073 Bad Dürrhein
Tel.: 0176 23513135
E-Mail: info@lbu-badduerrheim.de
URL: www.lbu-badduerrheim.de

Stadtverwaltung
Bad Dürrhein
Luisenstraße 4

78073 Bad Dürrhein

5. Januar 2022

Haushaltsanträge 2022 der LBU

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie erhalten folgende Haushaltsanträge der LBU-Fraktion:

1. Bebauungsplan Äußere Bündt – Klimaneutralität im Fokus

Die LBU beantragt die Ausgestaltung des geplanten Wohngebietes Unterbaldingen als Mustergebiet für klimaneutrales Bauen und Wohnen. Dafür werden im Vorfeld alle notwendigen Aspekte planerisch unter Hinzuziehung von externem Fachverstand durchdacht und im Bebauungsplan niedergelegt.

Begründung:

Bad Dürrhein hat bisher kein Wohngebiet, das den Beschlüssen des Gemeinderates zum klimaaktiven Bad Dürrhein als Leitlinie dient. Das neue Wohngebiet in Unterbaldingen bietet eine Chance, systematisch energiesparendes, ökologisches Bauen und eine entsprechende Energieversorgung mit erneuerbaren Energieträgern voranzubringen. Diese Chance muss genutzt werden. Dazu kann bereits auf einige Beispiele aus anderen Kommunen zurückgegriffen werden.

2. Einleitung einer Erweiterungsplanung für die E-Ladestruktur unter Einbeziehung der Ostbaar

Die Verwaltung hat dankenswerterweise im Haushaltsplan 2022 den Antrag der LBU aus dem Jahr 2021 aufgegriffen und wird im kommenden Jahr zusammen mit unserem Energiedienstleister weitere 6 Schnelladesäulen im Stadtgebiet aufstellen. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die CO₂-Reduktion auch im Verkehrsbereich voranzubringen.

Die LBU beantragt, für die Folgejahre – in denen ein rasches Wachstum der E-Mobilität abzu-sehen ist – die weitere Planung für Schnellladepunkte anzugehen. Dabei muss auch die Ost-baar in Absprache mit dem Energiedienstleister mit einbezogen werden. Eine erkennbare, systematische Erweiterung der Ladeinfrastruktur kann die Dynamik in Richtung E-Mobilität voranbringen und Kaufentscheidungen erleichtern.

3. Planung der neuen Heizungsanlage der Ostbaarschule mit klimaneutralem Energieträger

Für die Erneuerung der Heizung war bisher ein gasbetriebenes Blockheizkraftwerk vorgese-hen. Dies wäre zwar ein Fortschritt bezüglich der vorhandenen Anlage, aber keine Abkehr von fossilen Rohstoffen.

Die LBU beantragt deshalb einen Umstieg auf den klimaneutralen heimischen Rohstoff Holz in Form einer Holzhackschnitzelanlage. Das Holz dafür sollte aus unseren heimischen Wäldern kommen, um so auch die CO₂-Belastung durch Transport zu minimieren.

4. Teilnutzung der Gemeindehalle Hochemmingen für die Feuerwehr Hochemmingen

Die LBU beantragt die Prüfung einer Teilnutzungsmöglichkeit der Gemeindehalle Hochemmin-gen für die örtliche Feuerwehr. Diese ist bisher wenig effektiv genutzt. Ein sehr kostenintensi-ver Ausbau des vorhandenen Mannschaftsraumes könnte damit zumindest zurückgestellt werden.

5. Erfassung der Straßenleuchten sowie Priorisierung der Sanierungen und technischen Op-timierungen

Die Erfassung der Straßenleuchten sowie die sukzessive technische Optimierung, Sanierung und Erneuerung der Straßenbeleuchtung ist sinnvoll und dringend geboten. Hierbei muss eine Priorisierung der Maßnahmen erfolgen und ein Umsetzungskonzept erarbeitet werden, das sich sowohl am technischen Zustand als auch an den erzielbaren Energie- und damit auch Kosteneinsparungen orientiert. Dabei ist auch zu prüfen, ob die bestehenden „Weissenber-ger-Leuchten“ kurzfristig auf LED-Röhren umgestellt werden können. Aufgrund der bestehen-den Arbeitsbelastung im Bauamt ist der Auftrag auszuschreiben und zu vergeben. Die dafür notwendigen Mittel sind in den Haushalt einzustellen.

6. Fortführung der Sanierungsarbeiten in der Grund- und Werkrealschule

Die Sanierungsarbeiten am Gebäude der Grund- und Werkrealschule konnten im Jahr 2021 nicht abgeschlossen werden. Dies betrifft zum einen grundlegende Sanierungsarbeiten bei Fenstern und Jalousien als auch Sanierungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Schulhaus-brand. Im Haushaltsplan sind die erforderlichen Mittel einzustellen. Es wird zudem um Infor-mation gebeten, ob der Einbau und die Inbetriebnahme der ELA-Anlage bereits erfolgt ist.

7. Prüfung Notwendigkeit Ausbau Dachgeschoss Rathaus II

Die LBU unterstützt die Investitionen in die Sanierung des Haus des Gastes. Es ist davon aus-zugehen, dass im Zuge dieser Maßnahme ausreichend Arbeitsplätze für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kur- und Bäder GmbH entstehen und diese aus den Container-Arbeits-plätzen hinter dem Rathaus I ausziehen. Es sollte daher die Möglichkeit der Sanierung sowie Erweiterung des Anbaus hinter dem Rathaus I geprüft werden. Dort stehen für die

Erweiterung ausreichend Flächen zur Verfügung, eine Erweiterung könnte erforderlichenfalls auch über zwei Stockwerke erfolgen. Aus diesem Grund scheint ein Ausbau des Dachgeschosses im Rathaus II nicht notwendig. Es wird beantragt, den Bedarf dieser Maßnahme zu überprüfen.

8. Jugendbeteiligung

Zum **1. Dezember 2015** hat der Landtag BW in der Gemeindeordnung unter anderem den Paragraph 41a geändert. Die Rechte von Kindern und Jugendlichen bei kommunalen Entscheidungsprozessen sind seither deutlich gestärkt. **Kinder sollen und Jugendliche müssen** nun an Entscheidungen beteiligt werden, von denen sie betroffen sind.

Im Mai 2019 stellte die LBU-Fraktion einen Antrag zur Entwicklung einer Konzeption mit dem Ziel, die Kommunalpolitik und ihre Inhalte für junge Menschen erfahrbar zu machen und nahe zu bringen. Der GR hat **im November 2019** die Verwaltung beauftragt, eine Konzeption für kommunale Jugendbeteiligung zu erarbeiten.

Am 10. März 2020 gab es eine Auftaktveranstaltung der Stadtjugendpflege mit dem Jugend-Partizipationsberater Udo Wenzl in der Aula der Realschule am Salinensee. Danach sollte ein sogenannter 8er-Rat (bestehend aus Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 8) als erste Beteiligungsinstanz zur Erarbeitung einer Jugendbeteiligungskonzeption für Bad Dürkheim fungieren. Da bis Jahresende 2020 keine näheren Informationen zum Thema mehr erfolgten, **beantragte die LBU im Januar 2021** die Verwaltung dem GR zeitnah das Konzept und die Maßnahmen zur Umsetzung vorzulegen und zu erläutern.

Im März 2021 berichtete der Stadtjugendpfleger im Verwaltungsausschuss von den Schwierigkeiten, unter den Bedingungen der Pandemie die Erstellung einer passgenauen Konzeption voranzubringen. Er stellte in einer Übersicht die Probleme der Erreichbarkeit der Jugend in Bad Dürkheim dar und legte ein Grobkonzept für die Entwicklung einer Konzeption vor, welches aber konkrete Maßnahmen offen ließ. Im Gemeinderat wurden bereits zu dieser Zeit die Umsetzung von digitalen und hybriden Maßnahmen und Angeboten angemahnt, die auch unter den Corona-Einschränkungen durchführbar sind. Die Stadtjugendpflege hat in diesem Zusammenhang betont, dass sie derartige Maßnahmen angehen und auch über die Plattform „Crossiety“ digitale Lösungen umsetzen will.

Seither ist es wieder still geworden um den Jugendbeteiligungsprozess.

Im Oktober 21 informierte die Stadtverwaltung in einer Verwaltungsausschusssitzung, dass die Stadtjugendpflege Bad Dürkheim zukünftig möglichst nicht in sozialen Medien, wie Facebook, WhatsApp oder Instagram, aktiv werden wird, um Jugendliche zu erreichen, insbesondere aus Gründen des Datenschutzes. Auf der datensicheren Bad Dürkheimer App Crossiety wurde leider bis heute immer noch keine Gruppe für Jugendliche angelegt.

Ein für den 26.11.21 angesetztes Treffen mit dem 8er-Rat im Siedersaal wurde kurzfristig wegen Corona abgesagt.

Seit der Auftaktveranstaltung sind mittlerweile fast 2 Jahre vergangen und der

Stadtjugendpflege Bad Dürkheim ist es immer noch nicht gelungen, erkennbare Schritte in Richtung Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umzusetzen. Das Thema Corona darf hierbei keine Ausrede sein. In anderen Kommunen findet Jugendbeteiligung auch unter diesen Bedingungen statt, z. B. wurde in unserer Nachbarstadt Villingen-Schwenningen vor kurzem erfolgreich online eine Jugendgemeinderatswahl durchgeführt. Bei vielen jungen Menschen besteht ein tiefes Gefühl des Nichtbeachtetwerdens und sie erleben sich zeitweise auch als Störfaktor in der Pandemiebekämpfung (Ergebnisse des digitalen Jugendhearings der Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung mit über 200 Kindern & Jugendlichen und Minister Lucha im Mai 2021, „Jugend im Lockdown“).

Deshalb ist es gerade in Zeiten der Pandemie wichtiger denn je, Kinder und Jugendliche zu erreichen, zuzuhören und in Entscheidungsprozesse einzubinden.

Die LBU beantragt, dass die Verwaltung dem Gemeinderat im nächsten VA 2022 über den Stand des Beteiligungsprozesses und dessen vorgesehenen Ablauf berichtet. Die LBU beantragt außerdem, dass der Stadtjugendpfleger seinen „Masterplan Jugend“ mit entsprechenden Schwerpunkten und konkreten Maßnahmen vorstellt.

Unter dem Motto „**Da geht noch mehr!**“ fördert die Servicestelle externe Beratungen für umfangreiche Beteiligungsprozesse mit jungen Menschen oder den strukturellen Ausbau, beziehungsweise die Weiterentwicklung von Beteiligungsstrukturen. Antragsberechtigt sind u.a. Vertreter*innen von Kommunen im Zusammenhang mit § 41a GemO. Die LBU regt eine Antragstellung der Verwaltung bei diesem Programm an.

9. Masterplan Bildung

Im Haushaltsentwurf 2022 ist mehrfach von einem Masterplan Bildung die Rede.

Unter diesem Thema werden Bauvorhaben eingeplant, so die Erweiterung der Kitas Stadtkäfer, die Erweiterung der Realschule und des GT-Bereichs der Ostbaarschule. Die Erweiterung der Schulen wurde von der Verwaltung um ein Jahr verschoben, die Erweiterung des Kindergartengebäudes wurde aufgrund der Dringlichkeit priorisiert und eine Planungsrate von 50.000 € in 2022 in den Haushalt eingestellt.

Die Stadt Bad Dürkheim ist Schulträger einer Grundschule, einer Grund- und Werkrealschule sowie einer Realschule, die gemeinsam von mehr als 1000 Schülerinnen und Schülern besucht werden.

Alle Schulen haben weiteren Platzbedarf. Mehrfach wurden von verschiedenen Seiten Überlegungen eingebracht, die Realschule zu einem Bildungszentrum auszubauen, als „Haus des Lernens“. Andere Überlegungen gehen dahin, die Attraktivität der Ostbaar durch Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zu stärken.

Die LBU-Fraktion sieht es als notwendig an, vor der Verabschiedung weiterer Baumaßnahmen im Schulbereich, eine grundsätzliche Diskussion darüber zu führen, welche Ausrichtung die Bildungs- und Betreuungsstruktur in Bad Dürkheim zukünftig haben soll.

Die vorgeschlagenen Bauvorhaben müssen in ein Gesamtkonzept eingeordnet werden, damit sie nicht nebeneinander her oder gar auseinander laufen. Eine zukunfts- und tragfähige kommunale Bildungspolitik benötigt eine langfristige Perspektive und einen verlässlichen Rahmen, der möglichst Schulentwicklung und Stadtentwicklung verbindet. Damit können auch unnötige Ausgaben vermieden werden.

Die LBU beantragt, dass eine langfristige pädagogische und in der Folge bauliche Konzeption für den Kernort Bad Dürkheim erarbeitet wird. Dabei ist es erforderlich, dass die Erstellung der Konzeption mit breiter fachlicher Unterstützung erfolgt und eine vielfältige Expertise einbezogen wird. Die ausgearbeitete Konzeption soll als „Masterplan Bildung“ im Gemeinderat verabschiedet werden und Grundlage für weitere Entscheidungen sein. Die Einbeziehung einer externen Moderation sollte geprüft werden.

Beste Grüße

Wolfgang Kaiser
LBU-Fraktion